

Sonderdruck aus:

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
15 / 2008

Konflikte auf Dauer?

Rechtsradikalismus, Integrations-,
Europa- und Nahostpolitik

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

V&R unipress

Rainer Werning, Köln

Der Archipel Suharto

Vor einem Jahrzehnt endete in Indonesien die Ära
eines vom Westen in Zeiten des Kalten Krieges
hofierten Despoten

I. *Vorbemerkung* — Ausgerechnet ein »*darling*« des Westens hatte Mitte Mai 1998 im englischen Birmingham die Tagesordnung des G7-Gipfels durcheinander gewirbelt. Indonesiens Präsident *Suharto* möge sich, so der damalige Appell der Staats- und Regierungschefs der reichsten Länder, um überfällige – und möglichst unblutige – Reformen bemühen. Hätten sie nicht Suharto jahrelang bedingungslos unterstützt, wäre ihnen die selbst eingebrochte Blamage erspart geblieben. In Indonesien schüttete derweil der Ex-General Öl ins Feuer: Hunderte von Toten, panikartige Flucht und Massenevakuierungen von AusländerInnen verdüsterten zusätzlich die Bilanz des mit 32 Jahren dienstältesten Despoten in Südostasien.

Knapp eine Woche später dann, am 21. Mai 1998, trafen bündelweise Grußbotschaften in der indonesischen Metropole Jakarta ein. Der Empfänger: eben jener Suharto, der seinen Rücktritt erklärt und damit den Weg für seinen Intimus und Vize *Dr. Bacharuddin Jusuf Habibie* freige-macht hatte. Nicht von einer wütenden Menge wurde dieser »König« aus seinem Palast gejagt wie im Frühjahr 1986 der philippinische Präsident *Ferdinand E. Marcos*. Nein: Suharto trat lächelnd zurück – genauer: beiseite, ein für Diktatoren eleganter Abgang. »Respekt und Zustimmung« wurden unisono aus Washington, London, Tokio und Bonn einem Mann gezollt, der jahrelang Terror und Gewalt gesät hatte, gleichwohl aber von ihnen umworben oder – wie im Falle des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl – sogar ausdrücklich als »guter Freund« geschätzt worden war.¹ So wurde nicht nur im Nachhinein ein Staatsterrorist als einsichtig-honoriger Staatsmann geehrt, sondern auch die Kontinuität des Alten fürs *business as usual* gewahrt.

II. *Geschmeidiger Suharto* — Der am 8. Juni 1921 in dem zentraljavani-schen Dorf Kemusuk geborene Suharto operierte wie ein *dalang* im javani-schen Schattenspiel; er war Puppenspieler und Erzähler in einer Person. Als Magier der Macht verstand er es meisterhaft, die Geschicke auf und hinter

der Bühne zu lenken, potenzielle Widersacher auszuschalten und eine ihm geneigte Klientel strategisch zu positionieren – in Führungsetagen von Handel und Industrie ebenso wie in Politik und innerhalb des Militärs. Hybris zeichnete den gegen Ende seiner Amtszeit heftig kritisierten Ex-General aus, als er darauf spekulierte, noch im März 1998 seinen Kopf qua Absegnung einer siebten Amtszeit durch die seinem Machtapparat ergebene Beratende Volksversammlung aus der Schlinge ziehen zu können.

Politisch geschätzt als Ordnungsfaktor und Garant westlicher Sicherheitsinteressen in Südostasien, wirtschaftlich gehätschelt als Gebieter über den seinerzeit mit über 200 Millionen Einwohnern größten und lukrativsten Markt in der Region und als kräftigster unter den so genannten »Tigern der zweiten Generation« gelobt, wurden Suhartos Schandtaten stets als Kavaliersdelikte bagatellisiert: Außenpolitisch stützte die westlich orientierte Staatengemeinschaft – von Australien über Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland bis zu den USA – Suharto bedingungslos. Ungestraft wurden während des von ihm mitgetragenen Militärputsches 1965 Hunderttausende umgebracht (einige Quellen² sprechen von über 1,5 Millionen Ermordeten), wurden Zehntausende politische Gegner und Kritiker inhaftiert bzw. in die Verbannung geschickt, wurde 1976 Osttimor widerrechtlich als 27. Provinz einverleibt und wurden UN-Resolutionen zum Abzug der dort stationierten indonesischen Truppen schlichtweg ignoriert.³ [Siehe auch den im Anschluss abgedruckten Beitrag des Verfassers »Massaker im Namen der Freiheit«, Red.] Für weitaus geringere Verbrechen sind andere »Schurken« unverzüglich hart an die Kandare genommen und abgestraft worden. Suhartos Terror indes galt, wie der Linguist und langjährige Kritiker der US-amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik *Noam Chomsky* zutreffend anmerkte, aus westlicher Perspektive als »benign« (gutartig), vollzog er sich doch innerhalb westlicher Parameter von *freedom & democracy*.⁴

Den Westen kümmerte das Gebaren der Militärs wenig, er schätzte vielmehr die Geschäfte unter dem Regiment der neuen Machthaber und räumte ihnen großzügig Investitionen und Kredite ein, bis das Land im Frühjahr 1998 eine Auslandsverschuldung von umgerechnet 140 Mrd. US-Dollar angehäuft hatte. Kommunismus-Phobie, martialische Einsätze der Sicherheitskräfte und ein Filz aus politischen, wirtschaftlichen und persönlichen Interessen zeichneten den Suharto-Clan aus, unter dem Nepotismus und Korruption grassierten und die sechs Kinder des Präsidenten die größten Wirtschaftsimperien übernahmen.

III. Geschätzte BRD-Connection — Stets mit von der Partie war dabei die Bundesrepublik. So kommentierte das Düsseldorfer *Handelsblatt* in Erwartung lukrativer Geschäfte:

»Der nach dem Ausscheiden Sukarnos begonnene Wandel in Staat und Gesellschaft ist in Indonesien noch nicht abgeschlossen. Suhartos Verdienst besteht darin, daß er diesen Wandel mit der Geschmeidigkeit und Geduld eines typischen Zentraljavaners ermöglicht hat. [...] Immerhin verfügt Suharto neben javanischer Geschmeidigkeit und Geduld auch über taktisches Gespür und notfalls Entschlossenheit, wie er das bei der Ausschaltung seines Vorgängers hinlänglich bewiesen hat.«⁵

Langjährig und intensiv unterstützte der Bundesnachrichtendienst (BND) die indonesischen Militärs mit Logistik und Waffen. Über die Bundeswehr und den Bundesgrenzschutz gab's für die fernen Freunde – unter dem Vorwand der »Drogenmissbrauchsbekämpfung« – Hilfestellung in Form von Ausbildungskursen für Offiziere an der Bundeswehrakademie Hamburg-Blankenese sowie Spezialtrainings bei der Elitetruppe GSG-9 in Hangelar bei Bonn. Unter anderen hatte dort auch der Schwiegersohn Suhartos, General *Prabowo Subianto*, 1981 eine Sonderausbildung erhalten. In seine Heimat zurückgekehrt, avancierte Subianto zum Chef der indonesischen militärischen Spezialeinheiten und übernahm zudem das Kommando über das wegen seiner Brutalität gefürchtete Detachment 81.⁶ Als einer der Drahtzieher von Liquidierungskampagnen gegen Oppositionelle inkriminiert, konnte sich Subianto nach dem Suharto-Rückzug im Sommer 1998 unbehelligt ins Exil nach Jordanien absetzen.

Der frühere BND-Chef *Reinhard Gehlen* kommentierte Suhartos Militärputsch und blutigen Machtantritt im Jargon des Kalten Krieges:

»Der Erfolg der indonesischen Armee, die [...] die Ausschaltung der gesamten kommunistischen Partei mit Konsequenz und Härte verfolgte, kann nach meiner Überzeugung in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.«⁷

Laut Recherchen des WDR-Fernsehmagazins *Monitor* bildete der BND auch indonesische Agenten in Deutschland aus. Überdies lieferte man aus Deutschland militärische Elektronik, zum Beispiel über die BND-nahe Firma Telemit. Die Geheimdienstkontakte hatten sich dermaßen eng gestaltet, dass der BND in der Deutschen Botschaft in Jakarta eigens eine so genannte legale Residentur einrichten konnte. Der Zweck dieser BND-intern als »FB 70« bezeichneten Residentur: enge Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst der Suharto-Diktatur. 1984 ist gar ein Kooperationsabkommen über Polizeiausbildung und -technologie abgeschlossen worden, das auf bundesdeutscher Seite von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in Eschborn unterschrieben, somit unter Entwick-

lungshilfe gefasst wurde.⁸ Immerhin rangierte Indonesien (mit Indien, Ägypten und der VR China) seinerzeit ganz oben in der Rangliste der meistbegünstigten Empfänger bundesdeutscher Entwicklungshilfe.

Aus der Bundesrepublik fand ebenfalls massenhaft militärisches Gerät den Weg nach Indonesien, von Fregatten aus Beständen der früheren Nationalen Volksarmee bis hin zu Maschinenpistolen der Firma Heckler & Koch. Hubschrauber vom Typ BO-105 der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) wurden unter deutscher Lizenz im Lande gefertigt. Der an der Technischen Hochschule Aachen ausgebildete germanophile MBB-Bewunderer, langjährige Technologieminister und Suharto-Intimus Habibie ging mit Kritikern derartiger Deals nicht zimperlich um. Als namhafte Wochenmagazine in Jakarta 1994 beispielsweise den Ankauf von 39 modernisierungsbedürftigen Kriegsschiffen aus Deutschland bemäkelten – Gesamtsumme: 650 Mio. US-Dollar –, ließ Habibie sie kurzerhand durch das Informationsministerium verbieten. Auch politisch-diplomatisch wurden die Bande zwischen Bonn und Jakarta, insbesondere während der Kohl-Ära, gepflegt. Im Herbst 1996, als der damalige Bundeskanzler zu Staatsbesuchen nach Südost- und Ostasien aufbrach, war Jakarta eine wichtige Zwischenstation. Dort sollte die »Männerfreundschaft« (so Kohl über seinen Freund Suharto) beim gemeinsamen Segeln und Angeln gefestigt werden.⁹

IV. »Terror der Ökonomie« – Was dem Regime in Jakarta letztlich zum Verhängnis wurde, waren der »Terror der Ökonomie« und daraus resultierende soziale Konflikte. Als im Sommer 1997 Südost- und Ostasien von einer schweren Wirtschafts- und Finanzkrise erfasst, Milliardenbeträge aus der Region abgezogen wurden und aggressiv gegen dortige Währungen spekuliert wurde, brach Indonesiens vermeintliche Boomwirtschaft wie ein Kartenhaus zusammen. Der tiefe Fall der Landeswährung *Rupiah* war vor allem durch die im Ausland genährte Skepsis über die Ernsthaftigkeit des Reformwillens im Wirtschafts- und Finanzsektor Jakartas ausgelöst worden. Dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und westeuropäischen Banken gingen die von Jakarta in Aussicht gestellten Maßnahmen zur Überwindung der »Asienkrise« nicht weit genug. Da genügte allein das Gerücht, der IWF gedenke im Verbund mit der Weltbank (WB) und der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB mit Sitz in Manila) das für Indonesien geschnürte Hilfspaket von 43 Mrd. US-Dollar zu verkleinern, um die Rupiah in den Keller absacken zu lassen. Geldwechsellinstitute wie PT Ayumas Gunung Agung und PT Sarinah schlossen kurzerhand ihre Pforten, als aufgebrachte Kunden buchstäblich sackweise Rupiah in Dollar umtauschen wollten. In der Hauptstadt kam es zu Hamsterkäufen und Plünderungen von Supermärkten. In anderen Städten des Archipels, so in

Bandung, wurden aus Verbitterung über die rasche Verteuerung von Lebensmitteln Märkte gestürmt und in Kaufhäusern die Regale legal leergekauft oder illegal ausgeräumt.¹⁰

Nebst dem IWF-Spitzenduo *Michel Camdessus* und *Stanley Fischer* reiste auch Weltbankpräsident *James D. Wolfensohn* mehrfach in die indonesische Hauptstadt. Im Mittelpunkt ihrer Verhandlungen stand die Frage, wie das Land seinen Verpflichtungen, kurzfristig annähernd 60% seines von Privatbanken und dem Staat angehäuften Auslandsschuldenbergs abzutragen, nachkommen konnte. Jakarta hatte sich im Gegenzug für das vom IWF geschnürte Hilfspaket bereit erklärt, einigen »Empfehlungen« des IWF nachzukommen. Deregulierungen des Banken- und Finanzsektors sowie das Kappen politisch-ökonomischer Vergünstigungen und Subventionen für Grundnahrungsmittel wurden als Lösung des Problems gepriesen.¹¹

Noch im September 1997 lobte die Weltbank gerade Indonesien für seine innerhalb der letzten Dekade außergewöhnlich erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung, die das Land zu den »*best performing economies*« in der Region aufrücken ließ. In diesem September-Report der Bank hieß es weiter:

»Indonesien hat große Anstrengungen unternommen, seine Wirtschaft zu diversifizieren. Es hat durch ein solides makroökonomisches Management einen wettbewerbsfähigen Privatsektor geschaffen, die Deregulierung vorangetrieben und verstärkt Investitionen in infrastrukturelle Bereiche gelenkt. Heute verzeichnen sowohl ausländische als auch einheimische Investitionen einen Boom. Indonesiens Investitionsraten haben einen stetigen Aufwärtstrend gezeigt und zählen gegenwärtig zu den höchsten in den großen Entwicklungsländern. Ein Gutteil dieser Dynamik kann auf das Reformprogramm der Regierung zurückgeführt werden, das Handel und Finanzen liberalisierte und ausländische Investitionen sowie Deregulierung ermutigte.«

Als sei zwischenzeitlich nichts geschehen, tauchte diese Einschätzung sogar noch im Frühjahr 1998 auf der Weltbank-Website auf. Kritiker der Weltbank hatten demgegenüber hervorgehoben, dass diese im Falle Indonesiens stets dazu neigte, Jakartas Wirtschaftspolitik als zu rosig einzuschätzen. Dies führte in der Regel dazu, dass ausländische Fondsmanager und Gläubiger auf den Plan traten und Kredite, hauptsächlich solche mit kurzer Laufzeit, ins Land pumpten. Weltbank-Präsident Wolfensohn wurde vorgeworfen, die Bank hätte die eigentlichen Probleme des Landes – Korruption, Nepotismus und ein schwaches Bankensystem – verkannt, weil sie

– entgegen aller Warnzeichen – an ihrer Unterstützung des Suharto-Regimes festhielt. Die Haltung der Bank, so das Fazit der Kritiker/innen, habe letztlich dazu beigetragen, Reformer zu entmutigen, Monopole intakt und Kreditaufnahmen aus dem Ausland freien Lauf zu lassen.¹²

Da die Krise im Kern eine des privaten Sektors war, der in der Vergangenheit, nicht zuletzt im Sog der viel gepriesenen Liberalisierung des Kapitalverkehrs, mühelos und in beträchtlichem Umfang Darlehen aufnehmen konnte, gerieten zunehmend die Rezepte des IWF, in Krisenzeiten noch stärker auf Liberalisierung des Finanzsektors zu drängen und damit die Krisenanfälligkeit insgesamt zu steigern, ins Kreuzfeuer der Kritik. Der damalige Weltbank-Chefökonom *Joseph Stiglitz* musste während einer Rede am 7. Januar 1998 in Helsinki selbstkritisch eingestehen, dass Finanzmärkte nicht gut daran täten, produktivste Empfänger von IWF-Krediten zu selektieren oder die Kontrolle solcher Fonds anzustreben. Überdies gelte eine Art Doppelstandard bei der Behandlung »einheimischer« und »ausländischer« Interessen. Einheimische Firmen seien der Gnade des Marktes überlassen, während ausländische Investoren aufgrund des schließlich geschnürten IWF-Kreditpakets in Höhe von 43 Mrd. US-Dollar erweiterte Besitzrechte genossen, größere Möglichkeiten zum *debt-to-equity swap*, der Umwandlung von Schulden in Eigenkapital, hätten und im Konkurrenzkampf mit asiatischen Unternehmen besser gewappnet seien.

V. *Krisenmanagement seitens Weltbank und IWF* — Mitte Januar 1998 sorgten zwei Berichte für Furore: ein publik gewordener, ursprünglich nur für den internen Gebrauch vorgesehener Report des IWF sowie das ausführliche Indonesien-Feature in der Londoner Zeitschrift *The Economist*. Zu den seitens Jakarta einzulösenden Bedingungen für die Gewährung des 43 Mrd. US-Dollar-Pakets gehörte die Auflösung von 16 als insolvent eingestuften Banken. Allein diese Nachricht hatte schiere Panik ausgelöst und dem ohnehin erschütterten Finanzsektor einen zusätzlichen Hieb versetzt. Große US-amerikanische und britische Tageszeitungen berichteten über dieses interne *Indonesien-Memo* des Fonds, wonach nunmehr selbst innerhalb des IWF erkannt worden sei, dass ein bedeutsamer Teil der in diesem Paket enthaltenen Strategien verpufft sei, zusätzlich Panik geschürt und nahezu sämtliche Finanzmärkte in Asien tiefer in den Abwertungsstrudel gerissen habe. Allein die Ankündigung, die fraglichen 16 Banken zu schließen, hätte das Restvertrauen der indonesischen Bevölkerung in das Bankensystem völlig zunichte gemacht und über zwei Drittel aller Banken im Lande auf einen Schlag zusätzlich zwei Mrd. US-Dollar entzogen.

Am 17. Januar machte *The Economist* seine Hintergrundanalyse mit einem Foto auf, auf dem das Banner »*Step down, Suharto*« prangte. Der Bericht stellte unumwunden fest:

»Mr. Suharto hat es weitaus besser verstanden, Reformen anzukündigen, als diese auch umzusetzen. Er ist nicht zuletzt angehalten, ein Wirtschaftsgebäude aufzubrechen, das seinen Söhnen und Töchtern ein enormes Vermögen beschert hat. [Das gesamte Familienvermögen schätzte das Wochenblatt auf umgerechnet bis zu 40 Mrd. US-Dollar – d. Verf.] [...] Suhartos sechs Kinder haben ihren politischen Einfluss benutzt, um sich große Kapitalanteile von Fluggesellschaften über Banken und petrochemischen Firmen bis hin zum Timor, Indonesiens ehrgeizigem Automobil-Projekt, zu sichern. Ausländische Unternehmen, die in Indonesien Fuß zu fassen trachteten, mussten häufig auf Suharto-Getreue als »Berater« zurückgreifen, um die Räder mit Schmierfett in Schwung zu halten«. ¹³

Fazit des Wirtschaftsmagazins: »Was wie politische Stabilität während eines »*bull market*« aussah, entpuppt sich zusehends als gefährliche Rigidität in härter werdenden Zeiten.«

Was die Kritik an der Amtsführung Suhartos im Besonderen schürte, war dessen Budgetrede am 6. Januar 1998. Darin hatte der Diktator eine wesentliche Erhöhung von Subventionen für Petroleumprodukte, Reis und Düngemittel sowie eine über 30-prozentige Erhöhung der Regierungsausgaben angekündigt, ohne durchblicken zu lassen, wann solche Subventionen gestoppt würden und mit der Entflechtung von (Staats-)Monopolen begonnen werden sollte. Die Rupiah geriet daraufhin in einen Sinkflug und überschritt erstmalig die in Parität zum US-Dollar als kritisch angesehene 10.000:1-Marke. Danach drehte sich das politische und ökonomische Krisenkarussell unaufhörlich. Plünderungen, Straßenschlachten und Hamsterkäufe prägten in zahlreichen Städten des Landes das Alltagsbild. Der IWF entsandte erneut seine Topleute nach Jakarta, um Suharto einerseits demonstrativ die Stange zu halten, ihn andererseits aber zur Einlösung seiner Versprechen zu drängen. Gleichzeitig häuften sich die Interventionen ausländischer Staatsoberhäupter, die Suharto zum Einlenken drängten – neben US-Präsident *Bill Clinton* taten dies Japans Premierminister *Hashimoto Ryutaro*, Australiens Premier *John Howard* und Bundeskanzler Helmut Kohl. Clinton schickte sogar seinen Verteidigungsminister *William Cohen* und mit *Lawrence Summers* seinen stellvertretenden Finanzminister nach Jakarta, um dort, wie es diplomatisch verklausuliert hieß, Präsident Suharto »Botschaften zu übermitteln«.

Aufgrund dieses massiven Drucks kam dann schließlich am 15. Januar 1998 mit dem IWF ein neues Abkommen zustande, dessen Schlussakkord ein ungewöhnliches Gruppenfoto bildete. Es zeigte den IWF-Managing Director Michel Camdessus in imperialer Pose mit verschränkten Armen hinter einem sitzenden Suharto stehen, mit Argusaugen darauf achtend, dass dieser botmäßig seine Unterschrift unter das vor ihm ausgebreitete Dokument setzte. Wer geglaubt hatte, dies hätte endlich eine beruhigende Wirkung auf die Märkte, sah sich ebenso rasch wie bitter enttäuscht. Die Aktienkurse sackten nochmalig um knapp fünf Prozent ein, und die Rupiah glich Monopoly-Geld. Ihr Kurs erreichte am 22. Januar 1998 mit 17.000 zu einem US-Dollar ein Rekordtief (gegenüber 2.400 im Juli 1997).

Dieses zweite Abkommen mit dem IWF erneuerte im Kern die Eckpunkte der ersten Vereinbarung,¹⁴ beinhaltete aber erweiterte Machtprärogativen für ausländisches Kapital. Es sah u.a. vor:

- die Inflationsrate nicht über 20% anwachsen zu lassen;
- ab dem 1. April 1998 Subventionen bei Elektrizität und Brennstoff (mit Ausnahme von Kerosin und Diesel) und Mehrwertsteuerbefreiungen gänzlich abzuschaffen;
- Zollsenkungen auf sämtliche importierte Nahrungsmittel um 5% und auf nichtagrarisches Erzeugnisse um 10% bis zum Jahr 2003;
- die grundlegende Umgestaltung des Bankensektors einschließlich der Möglichkeit ausländischer Übernahmen und Besitzrechte in diesem Bereich ab Juni 1998;
- Einstellung von 12 Megaprojekten, in die auch die Kinder von Suharto involviert waren;
- Liberalisierung des Handels mit Agrarprodukten;
- Beschränkungen der staatlichen Logistikbehörde *Bulog*. (Im ersten Abkommen war darunter auch der vom engen Suharto-Vertrauten und weltweit größten Instantnudel-Produzenten *Liem Sioe Liong* kontrollierte Mehlhandel gefallen, im zweiten Abkommen dagegen nicht mehr.)

Um die immense Auslandsverschuldung von 140 Mrd. US-Dollar (darunter 20 Mrd. an kurzfristigen Fälligkeiten und 65 Mrd. seitens privater indonesischer Nicht-Finanzinstitutionen) halbwegs in den Griff zu bekommen, verkündete Jakarta Ende Januar einen zeitweiligen Rückzahlungsstopp öffentlicher Schulden in Verbindung mit geplanten Bankreformen. Im verzweifelten Bemühen, wenigstens Devisen im Lande zu behalten, dachte Suharto seit Mitte Februar 1998 laut über die Schaffung einer Währungsbehörde nach, welche die Einbindung der Rupiah in ein festes Wechselkursverhältnis gegenüber dem US-Dollar in Höhe von 5.500:1 garantieren sollte. Das hätte seitens des IWF das Fass fast zum Überlaufen gebracht; immerhin drohte er Suharto in einem solchen Falle

brück mit der Aussetzung des gesamten, 43 Mrd. umfassenden US-Dollar-Kreditpakets.

VI. *Rasante Verarmung, vielfältige Konfliktpotenziale* — Langjährig international geschätzt war das Regime auch wegen seiner makroökonomischen Erfolge. Suharto holte vorwiegend in den USA und der Bundesrepublik geschulte Ökonomen in sein Kabinett, um gegenüber westlichen Kapitalgebern Solidität zu signalisieren. Die bei seiner Machtübernahme 1.000-prozentige Inflationsrate konnte auf ein zweistelliges Niveau gedrückt werden, Investitionen wurden verstärkt angelockt, die Infrastruktur wurde ausgebaut, das Gesundheits- und Schulwesen reformiert und die hohe Geburtenrate drastisch gesenkt. Als Öllieferant und mächtiges OPEC-Mitglied profitierte das Inselreich lange vom Ölboom. Die Weltbank spendete Lob dafür, dass sich die Lebenserwartung innerhalb dreier Jahrzehnte von 41 auf 63 Jahre erhöht habe und gleichzeitig der Anteil der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung (offiziell) von über 40% auf knapp 12% gesenkt worden sei.

Jakartas glitzernde *skyline* konnte allerdings nie den Blick auf die enorme Kluft zwischen Arm und Reich verstellen. Selbst innerhalb von Betrieben war ein Verhältnis von 1:100 oder mehr zwischen den niedrigsten und höchsten Lohngruppen keine Seltenheit. Ein Problem stellte selbst vor Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise die Arbeitslosigkeit beziehungsweise Unterbeschäftigung dar. Bereits im Sommer 1997 wiesen offizielle Statistiken erstere mit 7,5% und letztere mit rund 40% aus. Allein in Jakarta wurden im Frühjahr 1998 über 4 Mio. Menschen arbeitslos – eine Hiobsbotschaft vor allem für Hochschulabsolventen.

»Zahlreiche Firmen, die sich überwiegend durch ausländische Kredite finanzierten (in Indonesien ca. 80% der Großunternehmen), gerieten durch den Verfall der Wechselkurse in unlösbare strukturelle Probleme. Es ist völlig ausgeschlossen, daß sie ihre Schulden bei den derzeitigen Wechselkursen tilgen können; d.h. sie sind bankrott und müssen schließen oder fusionieren. [...] Die ohnehin schwierige Wirtschaftssituation wird sich Anfang Februar noch weiter zuspitzen: Viele werden ihr – zum Ramadan-Fest übliches – 13. Monatsgehalt nicht erhalten und sparen müssen. [...] Aufgrund der schlechten Wirtschaftssituation müssen bereits heute von der Arbeit eines einzigen durchschnittlich mehr als fünf Menschen leben. Die Belastung ist gerade für die ohnehin armen Dörfer sehr hoch: Seit Anfang Januar sind etwa eine Million der neuen Arbeitslosen in ihre Dörfer nach Zentraljava heimgekehrt.«¹⁵

Im Frühjahr 1998 bezifferte die einflussreiche *Indonesian Association of Muslim Intellectuals (ICMI)* die Gesamtzahl der Arbeitslosen mit 12 Millionen. Jene, die noch Beschäftigung hatten, wurden mit erzwungenen Überstunden und abgesenkten Löhnen in die Zange genommen, wobei selbst das gesetzlich fixierte Lohnminimum seit Frühjahr 1997 nicht angehoben wurde und mit umgerechnet etwa 65 US-Cents pro Tag möglicherweise das weltweit niedrigste war. Gleichzeitig lagen die Preise aller notwendigen Bedarfsgüter wie Reis, Öl und Zucker zeitweise um bis zu 200% und mehr höher als zuvor. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen sackte binnen weniger Monate von umgerechnet etwa 1.000 auf 230 US-Dollar ab. Allein in einem Stadtteil im Großraum Jakarta musste die Hälfte der dortigen gut 120 Gesundheitseinrichtungen geschlossen werden; es fehlte schlichtweg an Medikamenten, die zu 70% importiert wurden.

In einem Beitrag in der *Washington Post*¹⁶ forderte der frühere US-Außenminister *Henry Kissinger* seitens des IWF und der WB einen Krisenmechanismus, der künftig verhindern sollte, dass eine ökonomische Krise eine politische heraufbeschwört, die dann ihrerseits eine wirtschaftliche Gesundung in dem entsprechenden Land erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht. In diesem Zusammenhang zitierte Kissinger den Chefökonom der Deutschen Bank in Tokio, der dem IWF vorgeworfen hatte, sich wie ein auf die Behandlung von Masern spezialisierter Arzt verhalten zu haben, der meinte, mit seinen Kenntnissen und Rezepten gleich sämtliche Krankheiten angemessen diagnostizieren und heilen zu können. In einigen Ländern Südostasiens, darunter Indonesien, so Kissinger weiter, habe das IWF-Austeritätsprogramm zeitweilig jedweden Handel verunmöglicht und selbst prinzipiell gesunde Firmen in überlebensfähigen Bereichen in den Bankrott getrieben, was angesichts des Fehlens eines Sozialsystems zur massenhaften Verarmung beigetragen habe.

Die angespannte soziale und wirtschaftliche Lage schürte eine Pogromstimmung gegen die chinesische Minderheit¹⁷ sowie interethnische und -religiöse Konflikte, die ihrerseits von Kräften des *ancien régime* instrumentalisiert wurden. Teilweise handelte es sich hier um die Konsequenzen des unter Suharto ambitioniert verfolgten Transmigrationsprogramms, das die Übervölkerung Javas stoppen sollte und in zahlreichen Regionen des Archipels weit reichende demographische Veränderungen bewirkte.

VII. *Zentrifugale Tendenzen im Schatten von »Reformasi«* — Seit Mitte der 1960er Jahre schuf das Militär die so genannte »Neue Ordnung«, wobei es sich die Doppelfunktion (*dwi fungsi*) der äußeren Verteidigung und sozialpolitischen Befriedung im Innern zuwies. Aufstände in den Molukken (Maluku) und in Aceh (Nordsumatra) wurden niedergeschlagen, Staatsfeinde in Lager gesperrt, Intellektuelle – darunter renommierte

Schriftsteller wie *Pramoedya Ananta Toer* und *Rendra* – mit Schreib-, Veröffentlichungs- und Redeverbot belegt. Nichtregierungsorganisationen (NRO) und erst recht unabhängige Gewerkschaften, die sich für die Einführung eines landesweit geltenden Mindestlohns von umgerechnet gerade mal vier Mark pro Tag einsetzten, ein Ende militärischer Einmischung in Arbeitskonflikte sowie das Recht auf Bildung freier Gewerkschaften forderten, blieben den Machthabern ein Dorn im Auge. Solche Forderungen lagen ihrer Meinung nach mit der ideologisch verbrämten Herrschaftsphilosophie über Kreuz: der *Pancasila*, den »Fünf Säulen« des Staates (Glaube an Gott, Menschlichkeit, Nationalismus, vom Konsensprinzip geleitete Demokratie, soziale Gerechtigkeit).

Mit dem Ende der Ära Suharto im Mai 1998 endete keineswegs der während seiner Regentschaft konsolidierte und sämtliche Poren des öffentlichen Lebens durchdringende Machteinfluss des Militärs. Die mit großen gesellschaftlichen Reform-Erwartungen (*»reformasi«*) verknüpfte Post-Suharto-Ära blieb überschattet von sozialpolitischen Unruhen in zahlreichen Provinzen des Archipels und zentrifugalen Kräften in Aceh, Maluku sowie in Irian Jaya (Westpapua). Dort praktizierte das Militär mit dem Argument, unbedingt die Einheit des Landes und nationale Integrität wahren zu müssen, unterschiedliche Strategien der *Counterinsurgency* (Aufstands- oder Aufruhrbekämpfung) – mit fatalen Folgen für die Zivilbevölkerung.¹⁸ Ganz zu schweigen von der ehemaligen portugiesischen Kolonie Osttimor, wo der Suharto-Nachfolger Bacharuddin Jusuf Habibie ein Plebiszit über weitgehende Autonomie oder Unabhängigkeit zuließ, bei dem am 8. August 1999 der Löwenanteil der osttimoresischen Bevölkerung für die Unabhängigkeit votierte. Doch Osttimors Weg in die Unabhängigkeit (20. Mai 2002) war von Gewalt und Brutalität gesäumt, als vom indonesischen Militär gebildete und / oder geduldete paramilitärische Verbände in Kooperation mit pro-indonesischen Milizen ein systematisches Kesseltreiben gegen BefürworterInnen der Unabhängigkeit entfachten, dem sehr spät nach Osttimor entsandte UN-Truppen tatenlos zusahen.¹⁹

Mindestens 1.400 Menschen wurden 1999 ermordet, über 200.000 mussten fliehen. Das jedenfalls ist die erschreckende Bilanz des am 15. Juli dieses Jahres vorgelegten, insgesamt 321 Seiten umfassenden Abschlussberichts der im Jahre 2005 von Jakarta und Dili gemeinsam eingesetzten *Kommission für Wahrheit und Freundschaft* (CTF), der den beiden Staatshäuptern *Susilo Bambang Yudhoyono* und *José Ramos-Horta* in Bali übergeben wurde. Wenngleich den indonesischen Sicherheitskräften eindeutig die Hauptschuld an diesen Massakern zugewiesen wurde, hielt sich die Regierung in Jakarta bedeckt. Dort äußerte man lediglich Worte des Bedauerns,

entschuldigen wollte man sich indes nicht – ein Affront gegen die Überlebenden der zahlreichen Opfer von Mord und Vertreibung.

Nach Habibie bekleideten mit *Abdurrahman Wahid* und *Megawati Sukarnoputri*, einer Tochter des Staatsgründers und ersten Präsidenten Ahmed Sukarno, zwei weitere Zivilisten das höchste Staatsamt, bis am 20. Oktober 2004 mit *Susilo Bambang Yudhoyono* erneut ein Ex-General die Präsidentschaft übernahm. Unter seiner Ägide gedieh eine Kultur der Straffreiheit und selbst zaghafte Ansätze, die Ära Suharto jenseits staatlich verordneter Verklärung kritisch aufzuarbeiten, verebten rasch. Bereits Ende September 2000 war Suharto ärztlich attestiert worden, nicht vernehmungs- und haftfähig zu sein. Gegen ihn angestrengte Verfahren wegen Korruption und Amtsmissbrauch verliefen allesamt im Sande.²⁰ Eine Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurde nie gegen ihn erhoben. Fortan genoss er Immunität und verbrachte – unbehelligt von nationalen und internationalen Strafverfolgern – seinen Lebensabend in Jakartas Nobelviertel Menteng.²¹ Statt Aufarbeitung der Vergangenheit gelten ungebrochen Amnestie und Amnesie als Staatstugend. Ein Jahrzehnt nach dem Ende Suhartos sind seine Mitstreiter von einst allesamt auf freiem Fuß. Der 86-Jährige selbst schloss infolge mehrfachen Organversagens am 27. Januar 2008 für immer seine Augen.

***Massaker im Namen der Freiheit* – Dokumente über »humanitäre Interventionen« der USA während des Militärputsches in Indonesien (1965) und während der indonesischen Okkupation Osttimors (1975)**

Indonesiens erster Präsident, Ahmed Sukarno, wollte nach der proklamierten Unabhängigkeit (17. August 1945) den Inselstaat politisch einengen, sozial befrieden und wirtschaftlich entwickeln. Als Konzept dazu diente ihm die NASAKOM – eine Allianz aus Nationalisten, Gläubigen und Kommunisten. Doch bereits Ende der 1950er Jahre war dieses Ideal zerplatzt. Mit der Einführung der »gelenkten Demokratie« gelang es den Militärs, ihre Stellung in Staat und Gesellschaft auszubauen und im Herbst 1965 zur dominierenden politischen Kraft aufzusteigen. Vor allem die Kommunistische Partei Indonesiens (PKI), damals nach der KP Chinas und der KPdSU die weltweit drittgrößte kommunistische Partei, bildete in der Sicht der Mächtigen im Lande und der in der Region auf Hegemonie bedachten Vereinigten Staaten eine Bedrohung.

Als überaus kritisch hatte die US-amerikanische Regierung die politische Situation Anfang 1965 eingeschätzt, nachdem Malaysia in den UN-Sicherheitsrat aufgerückt war und Indonesien daraufhin den Vereinten Nationen den Rücken gekehrt hatte. Die Absprachen zwischen indonesischen und amerikanischen Militärs häuften sich, und der damalige US-Präsident *Lyndon B. Johnson* befürchtete in Indonesien eine ähnliche Entwicklung wie in Vietnam. Jedenfalls wurde dem Oberkommando der Streitkräfte (ABRI) freie Hand gelassen, einen Plan zu entwerfen, dessen vorrangiges Ziel darin bestand, den selbst erklärten Antiimperialisten Sukarno zu beseitigen, linke Nationalisten, Gewerkschafter und Kommunisten auszuschalten, eine außenpolitische Kehrtwende (in Richtung Westen) vorzunehmen, verstaatlichten Besitz an die früheren ausländischen Eigentümer zurückzugeben und das Land für ausländische Investitionen weit zu öffnen. Unter dem Vorwand, eine vermeintlich bevorstehende Machtübernahme der PKI zu vereiteln, putschten sich Offiziere Anfang Oktober 1965 an die Macht. Als Chef der Eliteeinheit KOSTRAD überwachte fortan Generalmajor Suharto die »Säuberungsaktionen«, die in erster Linie Mitglieder und (verdächtige) Sympathisanten der PKI das Leben kostete.

Dreieinhalb Jahrzehnte nach dem Gemetzel, das dem Archipel eine ebenso zählebige wie westfreundliche Suharto-Diktatur bescherte, platzierten Mitarbeiter des National Security Archive (NSA) der George Washington University ein in den 1960er Jahren vom State Department (US-Außenministerium) erstelltes Geschichtsbuch über Amerikas Rolle in Indonesien am 27. Juli 2001 auf ihrer Homepage im Internet.²² Das

NSA ist eine Gruppe engagierter Akademiker, die sich seit Jahren, gestützt auf den *Freedom of Information Act*, kritisch mit Fragen der nationalen Sicherheit auseinandersetzt und von der Regierung deklassifizierte Dokumente öffentlich zugänglich macht.

Das fragliche Dokument – Titel: *Die auswärtigen Beziehungen der Vereinigten Staaten, 1964-68 – Band XXVI: Indonesien; Malaysia-Singapur; Philippinen* – enthält im Original allein ein 570 Seiten umfassendes Kapitel über Indonesien. Es liefert nachgerade beklemmende Beweise für staatsterroristische Akte auf Gegenseitigkeit. So leitete beispielsweise die US-Botschaft in Jakarta am 13. November 1965 Informationen der indonesischen Polizei weiter, wonach »jede Nacht zwischen 50 und 100 PKI-Mitglieder in Ost- und Zentraljava getötet« wurden und kablete am 15. April 1966 die Notiz nach Washington: »Wir wissen – ehrlich gesagt – nicht genau, ob die tatsächliche Zahl [getöteter PKI-Mitglieder] näher bei 100.000 oder bei 1.000.000 liegt, doch wir halten es für klüger, vor allem im Falle von Nachfragen seitens der Presse, von der niedrigeren Schätzung auszugehen.« Auf Seite 339 wird angemerkt, auf Initiative des Außenamtmitarbeiters *Richard Cabot Howland* habe man sich 1970 auf die Zahl von 105.000 getöteter Personen verständigt. Der damalige US-Botschafter in Jakarta, *Marshall Green*, kablete am 10. August 1966 nach Washington, man habe eine von der Botschaft erstellte Liste von führenden PKI-Kadern den indonesischen Sicherheitskräften übermittelt, denen es offensichtlich an solchen Informationen mangelte. Am 2. Dezember 1965 gab Green in Absprache mit *William P. Bundy*, seinerzeit im *State Department* verantwortlich für Ostasiatische und Pazifische Angelegenheiten, grünes Licht für die Finanzierung der *Kap-Gestapu-Bewegung*, die als »eine von der Armee inspirierte, doch aus Zivilisten gebildete Aktionsgruppe [...] die Bürde der andauernden repressiven Maßnahmen gegen die PKI trägt.«

Eine diplomatische Einschätzung der Clinton-Regierung lautete: »Die Vereinigten Staaten (müssen) ihre Beziehungen zu Indonesien, einer rohstoffreichen Nation mit über 200 Millionen Einwohnern, höher bewerten als die Sorge um das politische Schicksal Osttimors, eines winzigen, verarmten, nach Unabhängigkeit strebenden Territoriums mit 800.000 Einwohnern.«²³

Am 28. November 1975 hatte die zuvor aus Wahlen siegreich hervorgegangene Unabhängigkeitsbewegung *Fretilin* in der früheren Kolonie Portugiesisch-Timor die Demokratische Republik Osttimor ausgerufen. Gerade mal neun Tage überlebte diese Republik, als die indonesische Soldateska ihr am 7. Dezember 1975 gewaltsam ein Ende bereitete, das Regime in Jakarta Osttimor ein Jahr später völkerrechtswidrig als 27. Provinz Indonesiens annektierte und dort bis 1999 ein

Terrorregime errichtete. Untersuchungen von Amnesty International, Human Rights Watch und anderer Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen gehen davon aus, dass von Ende 1975 bis zum Frühjahr 1998, als Indonesiens Präsident Suharto zurücktrat, über 200.000 der etwa 800.000 Einwohner Osttimors infolge der indonesischen Besatzung ums Leben kamen.

»Amerikanische Elitemedien begrüßten den Völkermord«, schrieb Åsa Linderborg in der Stockholmer Tageszeitung *Aftonbladet*, »laut *Time* war das die ›Beste Nachricht seit Jahren in Asien‹ und das Magazin kommentierte glücklich ›das heiße Blutbad, das 400.000 Leben kostete, und kaum jemand bemerkte‹. Selbst die *New York Times* war außer sich, hat das entsetzliche Geschehen aber mehrere Jahre später als ›eine der barbarischsten Massenabschlachtungen in der modernen politischen Geschichte‹ bezeichnet.«²⁴

Der damalige US-Präsident *Gerald R. Ford* und sein Außenminister Henry A. Kissinger hatten sich nicht nur für massive Waffenlieferungen an Jakarta stark gemacht. Das Ford-Kissinger-Tandem befand sich Ende 1975 auch auf Stippvisite in Ost- und Südostasien und stattete Suharto just einen Tag vor der indonesischen Invasion in Osttimor am 7. Dezember 1975 einen Besuch ab. Ford und Kissinger enthielten sich jedweder Kritik. Mehr noch: Kissinger gab Suharto zwei ›Hausaufgaben‹ auf. Erstens: Jakarta solle die Invasion erst beginnen, wenn er (Kissinger) und der Präsident wieder in Washington gelandet seien. Just so geschah es. Zweitens: Suharto wurde zum »quick fix« gedrängt – im Klartext: das Militär solle den Einmarsch auf schnellst möglichem Wege, im Sinne eines »chirurgischen Eingriffs« durchführen.

Am 6. Dezember 2001 und Anfang Dezember 2005 legte das NSA unter der Federführung von *William Burr* und *Michael L. Evans* Dokumente aus der Zeit der Osttimor-Invasion 1975/76 vor,²⁵ welche die Komplizenschaft der damaligen Ford-Administration mit dem Suharto-Regime belegen. Diese Dokumente vermitteln tiefe Einblicke in das, was der Publizist Anthony Lewis »Kissingerschen Realismus« nannte.²⁶ So hatte beispielsweise der frühere US-Außenminister Henry Kissinger unmittelbar nach dem Suharto-Besuch Anfang Dezember 1975 kritische Nachfragen in seinem eigenen Stab mit der ihm eigenen derben Arroganz pariert, es widerspräche dem nationalen Interesse, wegen Osttimor den »Indonesiern die Zähne einzuschlagen«. Bereits im Oktober 1975, sechs Wochen vor der Osttimor-Invasion, hatten dort indonesische Eliteeinheiten mit Wissen Kissingers Geheimoperationen durchgeführt. Daraufhin empfahl dieser seinem engsten Stab von Mitarbeitern: »Ich gehe davon aus, dass Sie in dieser Angelegenheit wirklich den Mund halten.«²⁷

In einem exklusiv für Kissinger bestimmten Memorandum hatte *David Newsom*, seinerzeit US-Botschafter in Jakarta, bereits im März 1975 (knapp neun Monate vor der Osttimor-Invasion) skizziert, worum es eigentlich ging: »Die USA haben beträchtliche Interessen in Indonesien und keine in Timor«. Und beim Einmarsch in der ehemaligen portugiesischen Kolonie war das größte Waffenarsenal der indonesischen Truppen *made in the USA*. [Rainer Werning

- 1 Nach dem Besuch von Bundeskanzler Kohl Ende Oktober 1996 konnte sich u.a. die zentral-javanische Textilfirma Sritex im März 1997 einen Auftrag in Höhe von umgerechnet 10,4 Mio. US-Dollar für das Nähen von 500.000 Bundeswehruniformen sichern; siehe Anm. 9.
- 2 Siehe u.a. das 143-seitige Sonderheft: East Timor, Indonesia, and the World Community: Resistance, Repression, and Responsibility des Bulletin of Concerned Asian Scholars, Vol. 32, Nr. 1 & 2, Januar-Juni 2000, Cedar / Michigan – Benedict R. Anderson / Ruth McVey: What Happened in Indonesia? In: New York Review of Books, Vol. 25, Nr. 9, 1. Juni 1978 sowie Benedict R. Anderson: Exit Suharto: Obituary for a Mediocre Tyrant. In: New Left Review [London], Vol. 50, March-April 2008, S. 27-59; ferner Noam Chomsky / Edward S. Herman: The Political Economy of Human Rights. Boston 1979 (2 Bde.).
- 3 Ausführlich in Rainer Werning: Indonesien 1965-1985: Lange Schatten des Terrors. Münster 1985.
- 4 Chomsky / Herman (Anm. 2).
- 5 Handelsblatt, Ausg. v. 6. Januar 1970.
- 6 Zit. nach: Sendemanuskript des WDR-Fernsehmagazins Monitor, ausgestrahlt von der ARD am 10. Oktober 1996, Köln.
- 7 Ebd.
- 8 Ebd.
- 9 Anlässlich des Indonesienbesuchs von Helmut Kohl im Oktober 1996 (siehe Anm. 1) kam man beim Thema Menschenrechte nicht so recht voran. Die Süddeutsche Zeitung wählte in ihrer Ausgabe vom 29. Oktober 1996 für die traute Begegnung der beiden Staatsmänner die Titelüberschrift: »Freiheit für die Schildkröten – Kohls Angelpartie mit Suharto machte die Kanzlerbegleiter schweigsamer zum Thema Menschenrechte als die Indonesier«. Den Text ziert ein Associated-Press-Agenturfoto mit der Unterzeile: »Das Schweigen der Schildkröten: Helmut Kohl und sein freundlicher Gastgeber Suharto befreien Gefangene in Indonesien«.
- 10 Anne Booth: Crisis and poverty. In: Inside Indonesia [Collingwood / Victoria, Australien], No. 69, January-March 2002, S. 6 f.
- 11 Beispielhaft in den Beiträgen: Indonesien leitet beherzt die wirtschaftlichen Reformen ein. In: Frankfurter Allg. Zeitung vom 3. Nov. 1997; Tigerstaaten räumen auf. In: Handelsblatt, 5. Jan. 1998, sowie: Making Money: Our international team of money-market hunters sees plenty of promise in Asia's economic entrails. In: Asia, Inc. [Hongkong], März 1997, S. 71 ff. – Dieselben Finanzinstitute und mit makroökonomischen Länderanalysen befassten Rating Agenturen, die zuvor die asiatischen Boom-Ökonomien unisono gelobt und teilweise mit kräftigen Finanzspritzen versehen hatten, stießen nun Kassandrarufer aus und drangen auf Installierung eines Frühwarnsystems. Commerzbank-Vorstandssprecher Martin Kohlhausen forderte die westlichen Zentralbanken auf, die Märkte stärker zu kontrollieren und von den betroffenen Krisenländern verlässlichere wirtschaftliche Eckdaten einzuklagen.
- 12 Hendra Pasuhuk: Der Weg in die Krise – ein Rückblick. In: Indonesien – der dornige Weg in die Demokratie, hg. von der Indonesien-Arbeitsgemeinschaft. Berlin 2000, S. 20-23.
- 13 The Economist [London], 17. Januar 1998.
- 14 Im Mittelpunkt der Verhandlungen mit dem Gouverneur der Bank Indonesia und Vertretern der Ressorts Wirtschaft, Handel und Finanzen stand die Umsetzung folgender IWF-»Empfehlungen«: Aufhebung der Höchstgrenze einer 49%-igen ausländischen Kapitalbeteiligung an indonesischen Unternehmen; Entflechtung der Handelsmonopole für Weizen, Mehl und Sojabohnen (nicht aber für Reis und Mais) sowie der staatlichen Logistikbehörde Bulog; Senkung der Zölle auf über 150 Einfuhrerzeugnisse zwischen 5% und 15% und gleichzeitig der Importzölle auf breiter Front – z.B. bei chemischen Produkten um bis zu 40%; Öffnung

- des Großhandels bis 2003 für Ausländer; Erweiterung der Mehrwertsteuerbefreiungen bei Exporten von 10 auf 18 strategische Produktgruppen (nämlich um Eisen und Stahl, Automobilteile, Maschinen und Maschinenkomponenten, Schmuck, Chemikalien, Kautschuk, mineralische sowie Plastikerzeugnisse); zweijährige zollfreie Einfuhr von Maschinen und Ausrüstungsgütern; Restrukturierung des gesamten Bankenwesens sowie die Einstellung von 81 Großprojekten in Höhe von umgerechnet über 3 Mrd. US-Dollar, darunter das ambitionierte Nationalwagen-Projekt PT Timor Putra Nasional von Suhartos jüngstem Sohn, Hutomo »Tommy« Mandala Putra, an dem sich japanische und südkoreanische Firmen (KIA) interessiert gezeigt hatten. Überdies geriet die nationale Luftfahrt- und Rüstungsindustrie, das Steckenpferd B.J. Habibies, ins Visier der Kritik. – Näheres u.a. in: Donald E. Weatherbee: Indonesia: Its Defense Industrial Complex. In: James E. Katz (Hg.): *Sowing the serpents' teeth. The Implication of Third World Military Industrialisation*, Lexington / Mass. 1986.
- 15 Zit. nach: »Intensivstation Asien«. Ein Situationsbericht von IMBAS (Initiative für die Menschenrechte der Bürger/innen in den ASEAN-Staaten), Frankfurt/ Main 1998, S. 1.
 - 16 Henry Kissinger: *The Asian Collapse: One Fix Does Not Fit All Economies*. In: *The Washington Post* [Washington, D.C.], 9. Februar 1998.
 - 17 Margot Cohen beschrieb in ihrem Feature »Under The Volcano« (In: *Far Eastern Economic Review* [Hongkong], 13. März 1997, S. 42 ff.) die angespannte soziale und wirtschaftliche Lage im Lande und schilderte, wie sich – wie bereits bei früheren politischen Unruhen geschehen – latenter Hass gegen die gut 6 Mio. zählenden Chinesen (ca. 3% der Bevölkerung) entlud, denen unterstellt wurde, Hauptnutznießer während der Ära Suharto gewesen zu sein.
 - 18 Siehe acehkitas: In *The Name of Territorial Integrity (Inside: Exclusive Evidence of Civilian Victims)*. [Jakarta] August 2004; ferner Sylvia Tiwon: *From East Timor to Aceh: The Disintegration of Indonesia?* In: *Bulletin of Concerned Asian Scholars* (siehe Anm. 2), S. 97-104.
 - 19 Siehe dazu: Jean-Pierre Catry: *Indonesiens Doppelspiel in Ost-Timor: Die UNO garantiert keine Sicherheit*. In: *Le Monde Diplomatique* [Deutschspr. Ausgabe Berlin / Zürich], Juni 1999, S. 18 – Noam Chomsky: *Von guten Freunden viel gelernt – Indonesiens Armee kopiert die Operation Phönix*. In: *Die Wochenzeitung* [Zürich], 16. September 1999, S. 13 – Frederic Durand: *Das Erbe des General Suharto: Kalimantan – Ethnische Säuberung und wirtschaftliche Rivalität*. In: *Le Monde Diplomatique* [Berlin / Zürich] April 2001, S. 11 – Romain Bertrand: *Indonesiens Armee, eine Söldnerfirma: Machtkalkül und Widerstand im Konflikt um Osttimor*. In: *Le Monde Diplomatique* [Berlin / Zürich], Oktober 1999, S. 9 – Georg Evers: *Osttimor – der schwierige Weg zur Staatswerdung*. Hg. vom Internationalen Katholischen Missionswerk missio. Aachen 2001; sowie Monika Schlicher: *Osttimor stellt sich seiner Vergangenheit: Die Arbeit der Empfangs-, Wahrheits- und Versöhnungskommission*. Hg. vom Internationalen Katholischen Missionswerk missio, Aachen 2005 – Tom Hyland: *Indonesia to blame for Timor mayhem*. In: *The Sydney Morning Herald*, July 11, 2008; Lindsay Murdoch: *Truth out of Indonesia's scorched earth*. In: *The Sydney Morning Herald*, July 11, 2008.
 - 20 Rainer Werning: *Des Westens General – Aufstieg und Abgang des indonesischen Ex-Präsidenten Suharto*. Sendemanuskript eines SWR2-Radio-Features, ausgestrahlt am 5. Dezember 2003. Stuttgart / Baden-Baden 2003. – Siehe ferner: Moritz Kleine-Brockhoff: *Über Suhartos Verbrechen muss die Geschichte richten*. In: *Frankfurter Rundschau*, 17. Mai 2006.
 - 21 Kathy Marks: *Suharto, tyrant of Indonesia, dies without facing justice*. In: *The Independent* [London], 28. Januar 2008 – Siehe ferner: *Indonesisches Gericht: Suharto war nicht korrupt*. In: *Der Tagesspiegel* [Berlin], 28. März 2008.
 - 22 Vgl. <http://www.gwu.edu/~nsarchiv/>.
 - 23 Zitiert nach: Elizabeth Becker / Philip Shenon: *With Other Goals in Indonesia, U.S. Moves Gently on East Timor*. In: *The New York Times*, 9. September 1999, sowie Steven Mufson in: *The Washington Post*, 9. September 1999.
 - 24 Åsa Linderborg: *Selektives Schweigen. Zwei Völkermorde, die wir offensichtlich vergessen sollen: Indonesien 1965 und Osttimor 1975*. In: *Aftonbladet* [Stockholm], 27. Oktober 2005, [Übersetzung aus dem Schwedischen: Renate Kirstein.] – Siehe auch: Noam Chomsky: *Unversöhnliche Erinnerung – Osttimor und der Westen*. In: *Le Monde Diplomatique* [Berlin / Zürich], Oktober 1999, S. 1 und 7.
 - 25 Vgl. <http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB62/>
 - 26 Anthony Lewis: *Paying a Heavy Price for the West's Silence on Timor*. In: *The International Herald Tribune* [Paris], 8. September 1999.
 - 27 Ebd.